



«Ich gehe vom schlimmsten militärischen Fall aus»:
SVP-Doyen Christoph Blocher.
Bild: Peter Schneider/Keystone

Wie erklären Sie sich das?

Viele Unternehmen sagen sich: Mit Schweizer Unternehmen müssen wir nicht Angst haben, denn sie mischen sich nicht in fremde Händel.

Ihnen geht es vor allem um Geschäftsbeziehungen?

Weniger um Beziehungen als um die Sicherheit von Wirtschaftsbeziehungen. Das ist ja nichts Schlechtes.

Natürlich nicht. Aber ist nicht unmoralisch, wer gravierende Völkerrechtsverletzungen nicht verurteilt, weil er gute Geschäftsbeziehungen zu allen will?

Verurteilen können Sie das schon. Aber wir dürfen uns nicht in fremde Händel mischen. Sanktionen tun dem nicht weh, der sie ausspricht. Professor Wolf Linder – übrigens ein SP-Mitglied – sagt: Sanktionen töten. Zwingli sprach von Brotsperren als der gemeinsten Waffe. Die Verantwortlichen sitzen im Lehnstuhl, sind Armeeverweigerer, ach so nette Menschen und lassen die Leute verhungern. Eine gewaltige Heuchelei.

Die SVP ist nicht glücklich mit Ihrer Initiative. Sie will die EU-Verträge bekämpfen.

Das tut sie. Eine gewaltige Aufgabe. Darum ist die Initiative keine SVP-Initiative. Mit einer weiteren Initiative wäre sie überlastet.

Das haben Sie der Partei gesagt?

Natürlich haben wir offen darüber gesprochen. Aber ich habe bis jetzt von einer SVP-Opposition nichts gespürt.

Verfechter der Souveränität

Christoph Blocher (85) wurde am 11. Oktober 1940 in Schaffhausen geboren. Er absolvierte eine landwirtschaftliche Lehre und später die Matura des Typus C. 1969 schloss er sein Studium der Rechtswissenschaften mit dem Lizentiat und 1971 mit dem Dokortitel ab. Von 1977 bis 2003 war Blocher Präsident der SVP des Kantons Zürich, von 1979 bis 2003 und von 2011 bis 2014 Nationalrat. 2003 wurde er in den Bundesrat gewählt, 2007 aber nicht wiedergewählt. 1983 bis 2003 war er Inhaber der Ems Chemie. Die Familie Blocher gehört mit 14 bis 15 Milliarden Vermögen zu den reichsten Familien der Schweiz. Blocher gilt als grosser Verfechter einer souveränen und neutralen Schweiz. (att)

Sie sind heute das Gesicht der Initiative.

Zu Beginn solcher Aktionen steht man manchmal sehr allein da. Um es mit Wilhelm Tell zu sagen: «Muss ich alles allein machen? Ja, der Starke ist am mächtigsten allein.» Und: «Ich muss es tun.»

Reden Sie über Tell? Oder über sich?

Tell sagte diese allgemeingültige Wahrheit.

Sie nehmen ihn als Vorbild?

Ja, etwa wenn er sagt: «Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt.» Er fragt sich, was passiert, wenn er auf Gessler trifft: «Durch diese hohle Gasse muss er

kommen.» (Flüstert wie bei einem Gebet). «Hier vollend ich's.» Die Gelegenheit ist günstig: Aber er will auch kein Mörder sein. Das sind grosse Worte des Dichters Friedrich Schiller. Solche Wahrheiten gelten für alle.

Sie glauben wirklich, dass das wahr ist?

Ja natürlich. Es ist Wahrheit – vielleicht nicht die Realität.

Für Sie ist es eine wichtigere Wahrheit?

Gottfried Keller sagte: «Ob sie gescheh'n? Das ist hier nicht zu fragen; die Perle jeder Fabel ist der Sinn, das Mark der Wahrheit ruht hier frisch darin, der reife Kern von allen Völkern sagen.» Es geht um eine andere Wahrheit, die der Mythen, der Sagen, von Märchen – wie Grimm und Andersen.

Sie wollten dieser Initiative praktisch allein zum Durchbruch verhelfen?

Nein. Am Anfang stand ich etwas allein. Einer musste sie einmal formulieren. Inzwischen haben wir ein breit aufgestelltes Komitee, es wird nicht von mir, sondern vom erfahrenen Altnationalrat Walter Wobmann und der Vereinigung Pro Schweiz geführt, Ex-Fifa-Präsident Josef Blatter ist dabei. Neutralität sei gerade im Fussball ganz wichtig, sagt er. Viele der Mitglieder kenne ich nicht. Aber alle stehen hinter der schweizerischen Neutralität: dauernd, bewaffnet und vollständig. Damit sich die Politiker nicht darüber hinwegsetzen können, gehört sie dringend in die Verfassung – sonst führen uns die Politiker in den Krieg.

Das würde ein Ja zur SVP-Initiative verändern

Die Neutralitätsinitiative will den aussenpolitischen Spielraum einschränken. Die wichtigsten Punkte.

Benjamin Rosch und Stefan Bühler

Die Neutralität gehört zur Schweiz wie die Berge und der Waschplan. Aber gehört sie auch in die Verfassung – und wie strikt? Darüber stimmt das Volk am 27. September ab. Hier gibt es einen Überblick über die wichtigsten Eckpunkte der Neutralitätsinitiative aus der Feder der SVP.

Worum geht es?

Die Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» will die Neutralität in der Bundesverfassung ausdrücklich festschreiben. Neutralität soll in Zukunft strikter angewendet werden. Insbesondere dann, wenn die EU Sanktionen gegen ein Land beschliesst, soll die Schweiz aussen vor bleiben. Heute wird in der Bundesverfassung nur indirekt auf die Neutralität verwiesen: In den Artikeln 173 und 185 heisst es, dass das Parlament und der Bundesrat Massnahmen treffen sollen, um die Neutralität zu wahren.

Warum gerade jetzt?

Hintergrund der Initiative ist der Ukraine-Krieg. Im Februar 2022 überfiel Russland völkerrechtswidrig die Ukraine. Die EU reagierte mit einer laufend erweiterten Liste von Sanktionen gegenüber Russland.

Der Bundesrat wurde auf dem linken Fuss erwischt. Bei Kriegsausbruch im Februar 2022 brauchte er ein paar Tage, um seine Position zu finden. Zunächst wollte er an der bisherigen Praxis festhalten, dass Sanktionen der EU gegen Russland lediglich nicht über die Schweiz umgangen werden können. Er verwies dabei auch auf die Neutralität.

Doch dann stieg der internationale Druck: Nach Interventionen aus der EU sowie aus Washington übernahm die Schweiz das EU-Sanktionspaket – wie auch viele weitere, nach einer eigenständigen Prüfung. SVP-Überwarter Christoph Blocher sah darin einen Bruch der Schweizer Neutralität und kündigte schon bald eine Initiative an.

Was verlangt die Initiative genau?

Die Initiative will die «immerwährende und bewaffnete» Neutralität als Selbstzweck festhalten. Sie verlangt, dass die Schweiz keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitrifft und sich nicht an internationalen Sanktionen gegenüber kriegsführenden Staaten beteiligt, mit Ausnahme der von der UNO erlassenen Sanktionen. Zuletzt heisst es im Initiativtext: «Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung

und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.»

Was würde bei einem Ja geschehen?

Die grösste Veränderung beträfe den politischen Handlungsspielraum, namentlich des Bundesrats. Auch militärische Zusammenarbeit mit anderen Ländern würde eingeschränkt. Welche, müsste wohl rechtlich geklärt werden. Aktuell ist die Schweiz zwar kein Nato-Mitglied, sie ist aber ein aktiver Partner des Militärbündnisses und nimmt regelmässig an Truppenübungen teil. Ähnliches gilt für Pesco, das Verteidigungsbündnis der EU. Beides wäre bei einem Ja infrage gestellt.

Das Verbot, internationale Sanktionen gegen eine Kriegspartei zu übernehmen, könnte wirtschaftlichen Schaden anrichten: Im Fall der Sanktionen gegen Russland machten die EU, ihre Mitgliedsstaaten und hinter den Kulissen auch die USA im Februar 2022 dem Bund deutlich klar, dass sie das Abseitsstehen der Schweiz nicht akzeptieren. Innert weniger Tage musste der Bundesrat seine Praxis anpassen, um einen Konflikt mit den wichtigsten Handelspartnern zu verhindern. Auch die USA machten etwa im Falle des Irans schon klar: Wer ihre Sanktionen nicht einhält, muss mit wirtschaftlichen Gegenmassnahmen rechnen.

Was hiesse ein Ja für die Schweizer Rüstungsindustrie?

Aufgrund der Neutralität dürfen Waffen und Munition aus Schweizer Produktion von anderen Ländern schon jetzt nicht an kriegsführende Länder weitergegeben werden, selbst wenn dieses Kriegsmaterial vor Jahren geliefert wurde. Mehrere Staaten kritisierten diese Praxis scharf, insbesondere Deutschland im Falle von Panzermunition, die es an die Ukraine abgeben wollte. Die Schweizer Rüstungsbranche hat deswegen Kunden verloren. Eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes soll nun die Praxis lockern. Ob das nach einem Ja zur Initiative noch möglich wäre, ist fraglich. Parlament und Bundesrat schreiben im Abstimmungsbüchlein: «Die Rüstungsindustrie würde geschwächt.»

Wer unterstützt – neben der SVP – das Anliegen? Wer ist dagegen?

Noch haben nicht alle Parteien ihre Parolen gefasst. Man kann aber davon ausgehen, dass sich niemand von ihnen zur SVP gesellt. Dagegen gibt es einige Splittergruppen, welche die Initiative unterstützen: die kommunistische Partei der Arbeit, antimilitaristische Vereinigungen und eine Reihe prominenter Stimmen aus SP und Grünen, darunter Ständerat Daniel Jositsch, der kürzlich aus der SP ausgetreten ist.



Ein Plakat macht an der Bundesfeier von Pro Schweiz in Interlaken Werbung für die Neutralitätsinitiative.
Bild: Keystone